

A16 Musikalische Vielfalt auf den Straßen einer musikalisch vielfältigen Stadt.

Antragsteller*in: Jusos Kalk
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

Weiterleitung an: Parteitag der KölnSPD

Antragstext

1 Die Jusos fordern die Aufhebung des Lautsprecherverbots in der Straßenmusik
2 Kölns.

Begründung

Die Musikszene Kölns ist vielfältig und innovativ. Ob für den Karneval, die Cologne-Jazzweek oder Musik der Jahrhunderte: wer weiß wo, kann in Köln immer dem Klang unserer Zeit nachspüren.

Dabei ist es für Musiker*innen wie für die Stadtgesellschaft von wechselseitigem Interesse, auch im öffentlichen Raum Musik zu machen und zu erleben: Für die Musiker*innen bietet Straßenmusik die Möglichkeit neues Publikum zu erschließen, dabei geben Sie den Bewohnern eine niederschwellige Möglichkeit in Kontakt mit ihrer Musik zu kommen, wie auch die Stadt selbst durch die Musik belebt wird und Charakter entfaltet.

Die bisherigen Verordnungen der Stadt Köln zu Straßenmusik schließen aber das Musizieren mit einem Verstärker aus. Dadurch wird ein heute sehr bedeutender Teil musikalischer Vielfalt auf den Straßen Kölns verunmöglicht. Heute ist nicht mehr nur die populäre Musik wegen der Verwendung von elektronischen Instrumenten auf Verstärker angewiesen. Auch im Jazz und der klassischen Avantgarde gehören elektronisch verstärkte Klänge zum Standardrepertoire.

Elektronische Verstärkung kann in seiner Lautstärke wie jedes akustische Instrument geregelt werden. Ein elektronisch verstärkter Bass kann also weniger aufdringlich sein als ein analog gespieltes Saxophon. Somit wird in Sachen Lärmbelestigung durch ein Verstärkerverbot nichts gewonnen.

Gleichzeitig aber verliert die Stadt ihre Vielfalt von Musik und Musiker*innen im öffentlichen Raum.

Die Jusos Köln verstehen Köln als Vielfalt-liebende und offene Stadt, die in sich ebenso Karnevalsmusik, Jazz,

Pop und Rock, populäre Musik jeglicher Richtungen bis hin zu bedeutenden Werken der Avantgarde hervorgebracht hat. Um diese Vielfalt auch in der Straßenmusik zu fördern, fordern wir die Aufhebung von Verstärkerverboten im öffentlichen Raum.